

**Frankreich: Industrie produziert im Juni wieder mehr**

Die französische Industrieproduktion sich im Juni überraschend deutlich erholt. Wie die Statistikbehörde Insee gestern berichtete, stieg der Output in der Industrie um 1,2% gegenüber Mai. Auf Jahressicht lag die Produktion um 1,3% niedriger. Trotz der Erholung im Juni ist die Produktion im zweiten Quartal um 1,1% gegenüber dem ersten Vierteljahr gesunken. Olivier Eluere von Credit Lyonnais erwartet deswegen einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1% zum Vorquartal. *vwd*

**Großbritannien: Defizit in der Handelsbilanz geringer**

Das Defizit der britischen Handelsbilanz ist im Juni weniger deutlich als erwartet gestiegen. Der Passivsaldo betrug im Juni bei 3 Mrd. Pfund, nach 2,9 Mrd. im Mai, berichtete das nationale Statistikamt. Das Defizit in der Warenhandelsbilanz weitete sich auf 4,5 Mrd. von 4,1 Mrd. aus. Damit ist das Defizit so hoch ausgefallen, wie seit November 1992 nicht mehr. Als Ursache des kräftig gestiegenen Defizits nannte die Behörde gesunkene Exporte in die USA. *vwd/DJ*

**Frankreich: Preise sinken überraschend deutlich**

Die französischen Verbraucherpreise sind im Juli überraschend um 0,1% gegenüber Juni zurück gegangen, teilte gestern das französische Statistikamt mit. Die Jahresteserung verringerte sich dabei auf 1,9 von 2,0%. Nahrungsmittel wurden preiswerter - Energie und Dienstleistungen dagegen teurer. In der Kernrate - ohne Energie, Nahrungsmittel und einige öffentliche Dienste - veränderten sich die Preise zum Vormonat nicht. *vwd*

**Österreich: Defizit in der Handelsbilanz sinkt**

Das österreichische Handelsbilanzdefizit hat sich in den Monaten Januar bis Mai im Jahresvergleich verringert. Es sank von 276,6 Mill. Euro auf nur noch auf 57,4 Mill., meldete die nationale Statistikbehörde am Dienstag. Die Einfuhren stiegen im Jahresvergleich um 1,6%, die Ausfuhren um 2,3%. *vwd*

**Tschechien: Weniger Direktinvestitionen**

Das tschechische Leistungsbilanzdefizit ist im Juni auf 11,1 Mrd. Kronen gesunken, im Mai lag es noch bei 19,3 Mrd. Kronen. Allerdings stieg das Minus in der Handelsbilanz laut Notenbank auf 3,3 Mrd. Kronen von zuvor 2,4 Mrd. Die ausländischen Direktinvestitionen sanken im Juni auf 10,9 Mrd. Kronen von zuvor 11,8 Mrd. *vwd*



Auf dem Weg ins Hospital: Sanitäter bringen eine Verletzte zum Krankenwagen. Der Attentäter hatte seine Bombe vor einem Supermarkt gezündet.

# Zwei Anschläge erschüttern Waffenruhe im Nahen Osten

Dem Friedensprozess droht ein schwerer Rückschlag - Israel lässt Palästinenser doch nicht frei

PIERRE HEUMANN

HANDELSBLATT, 13.8.2003  
TEL AVIV. Der nahöstliche Friedensprozess steht vor der größten Belastungsprobe, seit palästinensische Gruppen vor etwa sechs Wochen einen Waffenstillstand ausgerufen haben. Zwei Selbstmordanschläge, bei denen zwei Israelis starben, haben gestern die Waffenruhe unterbrochen. Mindestens zehn Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Als Reaktion auf die Selbstmordanschläge hat Israel die gestern geplante Freilassung von rund 75 palästinensischen Häftlingen verschoben. Ein Bus mit Gefangenen, der ein Gefängnis in Nordisrael bereits verlassen hatte, musste umkehren, nachdem Premier Ariel Sharon die Verschiebung angeordnet hatte. Neben der Waffenruhe ist die Freilassung von Palästinensern eine Kernfrage des Friedensprozesses. Der palästinensische Premier Mahmoud Abbas verurteilte die Anschläge und kürzte seine Reise durch die Golfstaaten ab.

Zu den Attentaten haben sich die Hamas und die Arafat nahe stehenden El-Aksa-Brigaden bekannt. Der erste Anschlag hatte sich in einem Einkaufszentrum in der Tel Aviv-Satellitenstadt Rosch Ha-Ajin ereignet, die sich in Sichtweite arabischer Dörfer befindet. Die zweite Bombe zündete eine halbe Stunde später ein Attentäter in der Siedlung Ariel. Die radikale Palästinenser-Organisation Hamas hat sich zum Anschlag bei Ariel bekannt. Er sei eine Vergeltung für die Tötung zweier Hamas-Mitglieder durch israelische Soldaten am Freitag in Nablus. An der bis Ende September angekündigten Waffenruhe will die Organisation dennoch grundsätzlich festhalten. Beobachter rechnen nicht mit einer massiven Militärförderung Israels. Ministerpräsident Sharon sei nicht an einer Eskalation interessiert.

Die israelische Regierung wiederholte gestern aber den Vorwurf an die palästinensische Autonomiebehörde, mit Terroristen zu nachsichtig zu sein. Israel habe die Regierung von Premier Abbas gewarnt, dass Aktivisten Attentate vorbereiteten. Dennoch habe diese nichts unternommen, um die Terroristen an der Ausübung der Tat zu hindern, kritisierte ein israelischer Regierungssprecher. Die Kompromissbereitschaft Israels gegenüber den Palästinensern hänge von der Einhaltung der Waffenruhe durch die Palästinenser ab, sagte Israels Staatspräsident Mosche Katsav.

Im Nahen Osten wird derzeit eines immer wieder deutlich: Beide Seiten blockieren sich durch Vorbedingungen für die Umsetzung des internationalen Friedensplans. Mit ihm hatte das Nahost-Quartett - bestehend aus den USA, der EU, Russland und den Vereinten Nationen - den blutigen Konflikt innerhalb von rund drei Jahren beenden wollen. Washington akzeptierte jedoch eine Reihe von Einwänden, mit denen die Regierung Sharon die Road-Map ihren Vorstellungen anpasste. Der wichtigste Punkt: Keinerlei Zugeständnisse an die Palästinenser, solange diese nicht die Infrastruktur der Extremistengruppen zerstören. Dies aber weist die Autonomiebe-

hoerde mit der Begründung zurück, dass sie nur über eine Stadt im Westjordanland und Teile des Gazastreifens die Polizeigewalt habe. Israel hält andere Städte weiterhin besetzt und geht dort nach Gutdünken gegen militante Palästinenser vor. Die jüngsten Attentate fielen zeitlich mit dem Besuch des amerikanischen Nahostgesandten William Burns in der Region zusammen. Is-

rael werde nun einmal mehr die Gelegenheit nutzen, um Burns von der Notwendigkeit des Sicherheitszweckes entlang der Autonomiegebiete zu überzeugen, vermuten Beobachter. US-Präsident George W. Bush hatte den Zaun kürzlich als „Problem“ bezeichnet, weil er die Entstehung eines lebensfähigen palästinensischen Staates verhindere. Die israelische Regierung stellt sich indes auf den Standpunkt, der Zaun sei ein wirksamer Schutz gegen das Eindringen von Terroristen. Der Anschlag beweise die Dringlichkeit, die Infrastruktur des Terrors zu zerstören. Die USA sollten entsprechenden Druck auf Abbas ausüben, heißt es.

Inzwischen hat sich die Lage an der israelisch-libanesischen Grenze beruhigt. Israel hatte Syrien mit Angriffen auf seine militärischen Stellungen in Libanon gedroht, falls die Regierung in Damaskus die Grenzverletzungen der libanesischen Hisbollah-Miliz gegen Israel nicht stoppt. Israels Regierung übermittelte die Warnung mit Hilfe der USA und Deutschlands dem syrischen Präsidenten Baschar el Assad. Jerusalem reagierte damit auf den Beschluss der israelischen Kleinstadt Schlomi am Wochenende, bei dem ein 16-jähriger Israeli durch eine Luftabwehrgranate der Hisbollah getötet und vier weitere Menschen verletzt worden waren. *SEITE 7*

„Wenn wir sagen, dass dies das Ende ist, dann überlassen wir Extremisten die Kontrolle.“  
JOSEF LAPID, JUSTIZMINISTER ISRAEL

# Rebellen in Liberia wollen sich zurückziehen

Uno-Ankläger fordern Auslieferung des Ex-Präsidenten

HANDELSBLATT, 13.8.2003

HB NEW YORK/MONROVIA. Einen Tag nach dem Machtwechsel in Liberia haben die Rebellen ein Rückzugsabkommen unterzeichnet. Am Donnerstag wollen die Kämpfer der Rebellenbewegung LURD die Hauptstadt Monrovia verlassen. Das berichtete der US-Sender CNN am Dienstagabend. Der Befehlshaber der US-Soldaten auf den Kriegsschiffen vor der Küste, Thomas Turner, hatte den Vertrag ausgehandelt. Unterdessen hat der Sondergerichtshof der Vereinten Nationen im afrikanischen Sierra Leone die Auslieferung von Charles Taylor für einen Kriegsverbrecher-Prozess gefordert. Taylor hatte am Montag sein Amt als Präsident von Liberia abgegeben und war nach Nigeria ins Exil gegangen. Regierungen afrikanischer Länder, insbesondere Nigerias, müssten „dafür sorgen, dass Taylor vor Gericht gestellt wird“, heißt es in einer Erklärung der Uno-Ankläger. Taylor wurde bereits in Abwesenheit vor dem auf Beschluss des Weltsicherheitsrates geschaffenen Gericht in Freetown wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Ihm werden 17 Fälle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Verletzungen der Genfer Konvention vorgeworfen.

Nach dem Machtwechsel in Liberia steht nun die humanitäre Hilfe für die hungernde Bevölkerung im Mittelpunkt. Hilfsorganisationen und die USA bemühen sich um eine Öffnung des von Rebellen gehaltenen Hafens von Monrovia. Dies gilt als vorrangiges Ziel, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Ungeachtet mehrerer Friedensappelle des neuen Präsidenten Moses Blah brachen aber wieder Kämpfe unweit der Hauptstadt aus. Der selbst ernannte Führer der Rebellenbewegung Vereinte Liberianer für Versöhnung und Demokratie (LURD), Sekou Conneh, versprach, er werde seine Kämpfer aufweisen, alle Kriegshandlungen einzustellen. Rebellenführer Sekou Fofana erklärte jedoch, man werde nicht mit Blahs Regierung zusammenarbeiten und vor Taylors Anhängern weiter auf der Hut sein. Der Hafen werde erst geöffnet, wenn die westafrikanische Friedenstruppe Ecomog stark genug sei, um Übergriffe der Regierungseinheiten abzuwehren. Bislang ist die Truppe wenige hundert Mann stark.

Liberias neuer Präsident Moses Blah betonte, Taylor werde sich von seinem Exil aus nicht in die Amtsgeschäfte der neuen liberianischen Regierung einmischen: „Ich bin ein wirklich unabhängiger Präsident.“ Der 56-Jährige soll die Macht im Oktober an eine Übergangsregierung abgeben, die Liberia zu freien Wahlen führen soll. US-Präsident George W. Bush nannte Taylors Rücktritt „einen wichtigen Schritt zu einer besseren Zukunft für das Volk von Liberia“. Er versicherte, Washington wolle zu einem dauerhaften Frieden beitragen. Ob sich die USA an der künftigen Uno-Friedenstruppe für Liberia beteiligen würden, ließ Bush offen.

Die EU unterstreiche mit dem Vorschlag ihre Entschlossenheit, das Kyoto-Protokoll zum weltweiten Klimaschutz umzusetzen, erklärte Wallström. Die EU bereite kostenwirksame Maßnahmen vor, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu mindern. 1995 lagen die Emissionen fluoriertem Gas bei 65 Mill. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent. Ohne eine Reduzierung würden der Ausstoß bis 2010 auf 98 Mill. Tonnen steigen, sagte Wallströms Sprecherin. Ihr Anteil an allen Treibhausgasen sei mit nur zwei Prozent verhältnismäßig gering. Wegen ihrer langen Verweildauer in der Atmosphäre aber sei ihre Umweltschädlichkeit relativ hoch.

# EU will Treibhausgase weiter reduzieren

Neue Verordnung sieht detaillierte Kontrolle vor

HANDELSBLATT, 13.8.2003

Die EU-Kommission will die Emission von Treibhausgasen weiter abbauen. Umweltkommissarin Margot Wallström legte den Mitgliedstaaten am Dienstag in Brüssel einen Verordnungsentwurf vor, der bis 2010 die Reduzierung fluoriertem Gas um ein Viertel vorsieht. Konkret soll der Ausstoß von fluorierten Kohlenwasserstoffen (FCKW), perfluorierten Kohlenwasserstoffen (PFK) und Schwefelhexafluorid vermindert werden. Die zum Treibhauseffekt beitragenden Gase sind nach Angaben der EU-Behörde hochwirksam und langlebig. Sie werden in der Kältetechnik, in Klimaanlagen - auch in Autos - sowie der Industrie eingesetzt. Darüber hinaus finden sie als Treibgas bei der Herstellung von Schaumstoff, Aerosolen und Halbleitern Verwendung. Die EU unterstreiche mit dem

Vorschlag ihre Entschlossenheit, das Kyoto-Protokoll zum weltweiten Klimaschutz umzusetzen, erklärte Wallström. Die EU bereite kostenwirksame Maßnahmen vor, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu mindern. 1995 lagen die Emissionen fluoriertem Gas bei 65 Mill. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent. Ohne eine Reduzierung würden der Ausstoß bis 2010 auf 98 Mill. Tonnen steigen, sagte Wallströms Sprecherin. Ihr Anteil an allen Treibhausgasen sei mit nur zwei Prozent verhältnismäßig gering. Wegen ihrer langen Verweildauer in der Atmosphäre aber sei ihre Umweltschädlichkeit relativ hoch. Die Verordnung sieht neben einer generellen Reduzierung eine detaillierte Berichterstattung und Kontrolle der Nutzer und Produzenten sowie ein schrittweises Ende der Verwendung des Gases HFC-134a in Klimaanlagen von Neuwagen vor.

# Japans Wirtschaft fasst wieder Tritt

Konjunktur ist im zweiten Quartal überraschend deutlich angesprungen - Unternehmen investieren wieder mehr

NICOLE BASTIAN

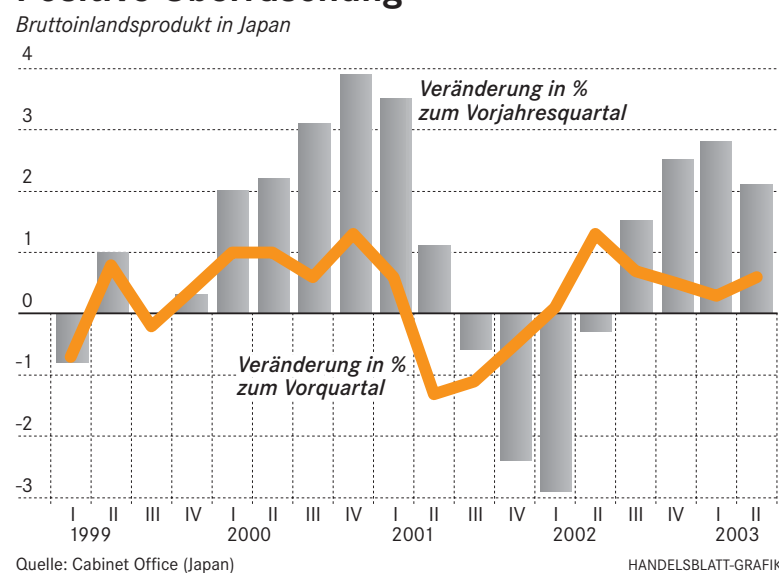
HANDELSBLATT, 13.8.2003  
TOKIO. Für Japans Ministerpräsidenten Junichiro Koizumi hätten die Wachstumswahlen passender nicht kommen können. Einen guten Monat, bevor sich der Staatschef am 20. September zur Wiederwahl als Chef der Regierungspartei LDP stellen muss, verkündeten die Statistiker gestern: Die Konjunktur hat seit Jahresbeginn deutlich stärker an Fahrt gewonnen als Politiker und Ökonomen erwartet hatten.

Das krisengeschüttelte Land ist im zweiten Quartal genauso stark gewachsen wie das Zugpferd der Weltwirtschaft, die USA: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte in Japan gegenüber dem ersten Jahresviertel um 0,6% zu. Ökonomen hatten nur mit einem Mini-Plus von 0,2% gerechnet. Zudem ist die Konjunktur auch im ersten Quartal besser gelaufen als bisher gedacht. Das Plus lag revidierten Zahlen zufolge bei 0,3% und nicht nur bei 0,1%.

„Wir sehen Schritt für Schritt positive Zeichen hochkommen“, kommentierte Japans Notenbankchef Toshihiko Fukui. Auch die Volkswirte von Dresdner Kleinwort Wasserstein, die ein schwaches drittes Quartal erwarten, sind mittelfristig optimistisch: „Ab dem vierten Quartal wird sich das wirtschaftliche Bild stetig aufhellen.“

In nur wenigen Monaten hat sich damit bei den professionellen Konjunktur-Beobachtern die Einschätzung der japanischen Wirtschaft grundlegend gewandelt. Noch vor einem halben Jahr hatten

**Positive Überraschung**



etliche Ökonomen gewarnt, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt drohe nach der zyklischen Erholung seit Mitte 2002 eine neue Rezession. Diese Sorgen haben sich nun weitgehend erledigt. Viele Ökonomen kündigen gestern vielmehr an, ihre Wachstumsprognosen für das Gesamtjahr anzuhellen.

Allerdings warnen Volkswirte zugleich vor zu viel Euphorie. Denn trotz der Erholung blieben die tiefer liegenden Probleme der japanischen Volkswirtschaft bestehen. Auch in Zukunft werde die Konjunktur durch Deflation, Massenarbeitslosigkeit, hohe Schulden und faule Kredite belastet. So hielt der gesamtwirtschaftliche Preisverfall im zweiten

Quartal unvermindert an: Der BIP-Deflator, ein breiter Index für die Preisentwicklung, sank im Jahresvergleich um 2,1%. Hinzu kommt: Der deutliche BIP-Zuwachs zwischen April bis Juni war auch Sondereffekten zu verdanken, die künftig entfallen. So hielt sich die Japaner wegen der Lungenkrankheit SARS im zweiten Quartal mit Auslandsreisen zurück. Dadurch sanken die Importe, was das Wachstum beflügelte - ein Effekt, der mit dem Ende von SARS ausläuft.

Aber es gab auch nachhaltigere Lichtblicke. So scheint in den Unternehmen die lange Eiszeit bei den Investitionen zu Ende zu sein. Zwei Jahre hatten die Firmen ihre Ausga-

ben für Maschinen und Anlagen drastisch gekürzt, im vergangenen Fiskaljahr schrumpften die Investitionen um fast 10%. Aber die Programme zur Kostensenkung und Schuldenabbau wirken, viele Großunternehmen machen wieder höhere Gewinne - und wagen nun auch wieder mehr Investitionen. Im zweiten Quartal gab es gegenüber dem Vorquartal ein Plus von 1,3%. Ökonomen erwarten, dass der Trend anhält. Für das Gesamtjahr halten sie ein Investitionsplus von bis zu 7% für möglich.

Für die zweite Jahreshälfte setzen Unternehmen wie Politiker zudem auf ein Anziehen der US-Konjunktur und hoffen auf eine Belebung der Exporte. Schon zwischen April und Juni hat sich der Außenhandel als Motor erwiesen - er steuerte 0,2 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Das Plus war vor allem den stabilen Zuwächsen der Exporte nach Asien zu verdanken, die auch durch die Lungenkrankheit SARS nicht einbrachen.

Die japanischen Verbraucher dagegen haben sich vom neuen Optimismus der Unternehmer und Börsianer dagegen bislang nicht anstecken lassen. Die privaten Konsumausgaben legten im zweiten Quartal lediglich um 0,3% zu - und dies zumindest teilweise auch nur auf Grund von Sondereffekten: Weil die Regierung die Tabaksteuer erhöhte, hatten sich viele Raucher mit günstigen Zigaretten eingedeckt. Zudem sind die Konsumausgaben gestiegen, weil im Zuge der Gesundheitsreform mehr für Arztbesuche bezahlt werden muss.

NACHGEFRAGT: MARTIN SCHULZ

# „Deflation endet 2004“

Herr Schulz, trotz vieler guter Zeichen hat die Deflation Japan weiter fest im Griff. Sehen Sie Chancen auf eine Wende?

Es gibt berechtigte Hoffnungen, dass die Deflation Ende nächsten Jahres im Bereich von Null ankommen wird, also bei absoluter Preisstabilität. Die Bank of Japan hat seit September vergangenen Jahres eine bisher noch nie da gewesene monetäre Expansion hingelegt. Normalerweise filtert sich dies mit einer Zeitverzögerung von anderthalb Jahren auf die Inflation durch. Deswegen müssten sich die Effekte ab nächstem Frühjahr bemerkbar machen. Bisher haben die maroden Banken die Liquidität aber nicht weitergegeben...

In Japan ist wegen des blockierten Finanzsystems in den letzten Jahren von der monetären Expansion praktisch nichts in der Wirtschaft angekommen, weil die Banken stattdessen faule Kredite abgeschrieben haben. Wegen der positiven Entwicklungen in den Unternehmen sowie in der Geldpolitik wird aber dieses Mal vom Geld der Zentralbank einiges in der realen Ökonomie ankommen, zumindest auf der Investitionsseite. Den Unternehmen werden Kredite zur Verfügung stehen und sie werden diese für weitere Investitionen nutzen. Schließlich wird dies auch die Deflation eindämmen.

Bedeutet das den endgültigen Durchbruch nach mehr als zehn Jahren Wirtschaftslaute in Japan? Im Moment haben wir eine zyklische Bewegung, die, wenn sie sich

denn so materialisiert, wie wir hoffen, für die Strukturreformen der Regierung enorm hilfreich wäre. Diese Strukturreformen werden aber zumindest über die kommenden fünf Jahre noch anhalten und weiter hohe Kosten mit sich bringen. Die Geldpolitik wird das Wachstum im kommenden Jahr stabilisieren. Die ungelösten Strukturprobleme dürften die Dynamik allerdings bereits im nächsten Jahr bei moderaten realen Wachstumsraten um 2 bis 3% deckeln und danach wieder abflauen lassen, wenn auch nicht ins Negative.

Für einen nachhaltigen Aufschwung sind höhere private Konsumausgaben zentral...

Und es ist nicht absehbar, dass diese bald anziehen. Die privaten Haushalte haben Angst vor Arbeitslosigkeit und sehen auch nicht die Produkte oder Dienste, von denen sie denken, die bräuchten sie.

Könnte ein Ende der Deflation Ende 2004 die Konsumenten ausgaben stimulieren?

Genau darauf hoffen viele. Meiner Ansicht nach gibt es dafür aber noch zu viele Strukturprobleme. Zudem hat sich die Politik nicht als so schlagkräftig erwiesen, dass sie mit einem Paukenschlag die für einen Stimmungsumschwung notwendigen Reformen herbeiführen könnte. Welche sind das vor allem?

Die immensen Probleme der kleinen und mittelgroßen Unternehmen sind bei weitem noch nicht gelöst. Sowohl im Innovationspotenzial wie auch bei der Entwicklung



„Private Haushalte haben Angst.“ Martin Schulz ist Senior Economist beim Fujitsu Research Institut in Tokio.

neuer eigener Märkte haben die kleinen Firmen, die früher von der Exportdynamik der Großen profitierten, noch ganz erhebliche Schwächen. Dazu gibt es große Probleme bei den Versorgungsunternehmen sowie im riesigen Bausektor. Die Schulden sind enorm, Restrukturierungen nicht absehbar. Wir haben in Deutschland gesehen: Wenn der Bausektor hinterher hinkt, ist es sehr schwer, die Ökonomie in Gang zu bringen.

Sie sind pessimistischer als andere Experten...

Selbst wenn wir eine solche gute Entwicklung, wie sie einige Kollegen prognostizieren, hätten, würde sofort eine ganze Reihe von Stoppmechanismen in Japan einsetzen, die das Wachstum wieder belasten. Das Finanzministerium etwa sieht schon in den Startlöchern, um das riesige Haushaltsdefizit durch Steuererhöhungen und das Stoppen von Fiskalprogrammen einzudämmen.

Das Gespräch führte Nicole Bastian